

## **SPD-Landesverband Niedersachsen**

Odeonstraße 15/16

30159 Hannover

<http://www.spd-niedersachsen.de>

### **I. Qualität in der frühkindlichen Bildung:**

1. Die frühkindliche Bildung bleibt weiterhin ein wichtiges Thema der SPD. An die Erfolge dieser Legislaturperiode wollen wir anknüpfen. Insgesamt soll die Qualität an den Kitas verbessert werden. Eine SPD-Landesregierung wird an der vollständigen Einführung einer qualifizierten dritten Kraft in den Krippen festhalten und zudem schrittweise den Personalschlüssel verbessern. In sozial besonders belasteten Quartieren wird eine SPD-Landesregierung mit einer dauerhaften zusätzlichen Investition von 60 Millionen Euro für mehr Erziehungs-, Betreuungs- und Bildungsqualität sorgen. Zugleich soll die Sprachförderung an Kitas weiter ausgebaut werden – eine Maßnahme, die auch die Arbeit an den Grundschulen entlastet.

2. Das Land Niedersachsen ist bereits auf einem sehr guten Weg, für mehr Betreuungsplätze zu sorgen. So stieg von 2012 – 2014 die Anzahl an Betreuungsplätzen mit mehr als 7 Stunden um 25,1% an, was deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 13,6% liegt. Die Zahl der Ganztagschulen hat sich in den letzten 10 Jahren mehr als verdreifacht. Dennoch wird eine SPD-Landesregierung das Platzangebot der Einrichtungen ausbauen und strebt ein flächendeckendes Angebot an: Jedem Kind soll wohnortnah ein Krippen- bzw. Kitaplatz angeboten werden. Wir sorgen aber auch für ein ausreichendes Angebot an Kindertagespflege, Horten und Ganztagschulen.

3. Neben diesen quantitativen Maßnahmen wird die SPD auch in die Qualität der frühkindlichen Bildung investieren. Ziel muss es sein, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch bedarfsgerechte Betreuungsangebote zu anderen Tageszeiten als bisher zu verbessern. In Zusammenarbeit und mit Unterstützung des Bundes sollen weitere Mittel bereitgestellt werden, um die Qualität von Kitas zu steigern. Denn wir brauchen besser ausgestattete Kitas und eine gesunde Ernährung. Mit zusätzlichen Erzieherinnen und Erziehern können die Kinder in den Gruppen besser betreut werden. Dafür wollen wir den Beruf aufwerten und die Ausbildung verbessern. Wir werden dies mit einer Fachkräfteoffensive unterstützen. Zusätzlich wollen wir die Kindertagespflege weiter professionalisieren und aufwerten.

4. Eine SPD-Landesregierung möchte unter anderem durch verbesserte Arbeitsbedingungen beispielsweise den Anteil von männlichen Erziehern erhöhen, um so die Lebens- und Erfahrungsvielfalt von Kindern besser in Kitas widerzuspiegeln, was der Fachkraft-Kind-Relation ebenfalls zu Gute kommt. Kinder brauchen eine individuelle Begleitung, die auf die Familienverhältnisse abgestimmt ist.

5. In Niedersachsen gibt es auf der örtlichen Ebene eine Vielzahl von Angeboten, die sich an Familien richten. In der Praxis sind Familienzentren Orte der Begegnung, Bildung und Beratung für Familien. Die Entwicklung von Familienzentren findet in Niedersachsen seit einigen Jahren sowohl unter kommunaler Federführung als auch in Eigenverantwortung freier Träger statt. Dabei werden entweder Familienzentren in enger Anbindung an Kindertageseinrichtungen installiert oder es werden Einrichtungen, denen diese enge Anbindung an eine Kindertageseinrichtung fehlt, als Familienzentrum geführt. Auch hier stehen die familienunterstützenden Angebote, deren Koordinierung und Bündelung sowie die Vernetzung mit sozialräumlichen Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartnern im Vordergrund.

Im Rahmen einer Koordinierung und Bündelung von familienunterstützenden Angeboten und deren Vernetzung im Sozialraum können auch Kindertageseinrichtungen um Familienzentren erweitert

werden. Familienzentren und Kindertagesstätten bleiben nach der derzeitigen Rechtslage dabei jedoch zwei unterschiedliche Angebote.

Für Kindertagesstätten im Sinne von § 45 SGB VIII i.V. m. § 1 Abs.2 Nr.1 KiTaG gelten gesetzliche Mindestanforderungen an die räumliche Ausstattung (§ 1 1.DVO-KiTaG), die während der Öffnungs- und Betreuungszeiten ausschließlich für den Betrieb der Einrichtung zwecks Erfüllung des Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungsauftrages zur Verfügung zu stellen sind. Kinder müssen sich in einer Kindertagesstätte entsprechend ihrem Alter selbstständig und frei bewegen können, um die von ihnen genutzten Räume wie z.B. Gruppenräume, Kleingruppenräume, Mehrzweckräume und Sanitärräume erreichen zu können. Diese Selbstständigkeit kann den Kindern nur ermöglicht werden, wenn gewährleistet ist, dass einrichtungsfremde Personen während der Betreuungszeit keinen unkontrollierten Zutritt zur Kindertagesstätte haben. Beabsichtigt ein Träger außerhalb der Öffnungs- und Betreuungszeiten der Einrichtung Angebote eines Familienzentrums aufzunehmen, um z. B. die Zusammenarbeit mit Eltern von Kindern mit und ohne Betreuungsverträgen zu stärken, ist dies gemäß §1 Abs.4 der 1. DVO-KiTaG zulässig, soweit die Nutzung mit der Zweckbestimmung der Kindertageseinrichtung vereinbar ist.

Mit der gezielten Sprachförderung an Kitas wird eine SPD-Landesregierung einen weiteren zentralen Punkt des Early-Excellence-Ansatzes fördern.

6. Familien brauchen neben dem Ausbau von Kindertagesstätten und Krippen für unter Dreijährige vor allem Informationen über alle weiteren Facetten von Kinderbetreuung – über Sport, Elterngeld oder Elternzeit. Eine SPD-Landesregierung wird die Angebote dafür ausbauen; dazu gehört auch ein neuer Service im Internet – eine Väter-App und eine Elterninfo-App. Die SPD wird die Einrichtungen der Familienbildung zur Unterstützung für alle Familien fördern und Familienzentren entwickeln. Die SPD plant in der kommenden Legislaturperiode verschiedene Projekte, um das ländliche Gebiet als Region zu stärken und so einerseits neue Angebote für Familien zu schaffen und andererseits den Zugang zu stadtnahen Angeboten zu erleichtern.

## **II. Strukturelle und finanzielle Rahmenbindungen**

1 a. Bereits in der vergangenen Legislaturperiode hat das Land Niedersachsen zahlreiche familienfördernde Angebote unterstützt, welche die Zielsetzung von Familienzentren als Orte der Begegnung, Bildung und Beratung beinhalten, etwa die Förderung von Familienbildungsstätten, Mehrgenerationenhäusern, Mütterzentren oder Familienbüros. Einige Träger der örtlichen Kinder- und Jugendhilfe nehmen Fördermittel der Richtlinie Familienförderung in Anspruch, um den Prozess, Familienzentren einzurichten, vor Ort zu initiieren oder Angebote in Familienzentren oder vergleichbaren Einrichtungen vorzuhalten. Darüber hinaus soll mit dem 2017 neu eingeführten Investitionspakt „Soziale Integration im Quartier“ die soziale Infrastruktur erhalten, ausgebaut und zu Orten des Zusammenhaltes und der Integration in Städten und Gemeinden weiterentwickelt werden.

2. Frühkindliche Erziehung ist das Fundament für gesunde und ganzheitliche Entwicklung von Kindern hin zu mündigen Erwachsenen. In der ersten Phase des Lebens werden Grundlagen für gute Bildung, besonders im Bereich der Sprachentwicklung, der Motorik, der Kognition, der Emotionalität und des sozialen Miteinanders gelegt. Eltern und andere Familienmitglieder können über eine Kindertagesstätte sehr gut erreicht werden. Daher werden aus familienpolitischer Sicht Familienzentren begrüßt, in deren Gebäuden neben Kindertagesstätten auch andere Angebote für Familien vorgehalten werden.

3. Die SPD wird die Einrichtungen der Familienbildung zur Unterstützung für alle Familien fördern und Familienzentren entwickeln. Dabei geht es besonders um folgende Zielgruppen:

- Junge Mütter und Teenager, auch Alleinerziehende und Schwangere, brauchen Beratung und Hilfe. Hier fehlen Einrichtungen vor allem im ländlichen Raum.

- Immer mehr berufstätige Väter gehen in Elternzeit. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist für sie aber noch immer nicht leicht. Das Handlungskonzept „Aktive Väter“ wird deshalb fortgesetzt. Neue Programme zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Väter werden aufgelegt, kleine und mittlere Unternehmen bei Maßnahmen für Familien, vor allem der Väterfreundlichkeit, unterstützt.

a. Eine Zusammenlegung von Zuständigkeitsbereichen muss eine neu gewählte Landesregierung festlegen. Wir werden ihren Vorschlag aufnehmen und eine Umsetzung zu gegebener Zeit prüfen.

b. Das Land unterstützt zahlreiche familienfördernde Angebote, welche die Zielsetzung von Familienzentren beinhalten. Die detaillierte Förderung werden wir abschließend noch prüfen. Die Erfahrungen der anderen Bundesländer sollen in diesem Zusammenhang ausgewertet und für Niedersachsen in die Bewertung aufgenommen werden.

4. Die SPD wird die Einrichtungen der Familienbildung zur Unterstützung für alle Familien fördern und Familienzentren entwickeln. Wir werden prüfen, inwieweit erfolgreiche Projekte weitergeführt werden können.

5. Eltern sind darauf angewiesen, dass ihre Kinder auch außerhalb der bestehenden Öffnungszeiten betreut werden. Dafür sollen die Vor- und Nachbetreuungszeiten der Kitas bedarfsgerecht erweitert und die Träger unterstützt werden, um vom Halbtags- zum Ganztagsangebot zu kommen. Wir werden an einer vollständigen Einführung einer qualifizierten dritten Kraft in den Krippen festhalten und zudem schrittweise auch im Kita-Bereich den Personalschlüssel verbessern. Das bestehende KitaG soll entsprechend angepasst werden.

### **III. Vereinbarkeit Familie und Erwerbsleben**

1./2. Eine SPD-Landesregierung wird die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleben weiter verbessern. Zum einen wird die SPD durch die stufenweise Einführung der Beitragsfreiheit für das erste und zweite Jahr für Krippen und Kindertagesstätten die finanzielle Situation vieler Familien erleichtern, die möglicherweise zuvor eine Unterbringung erschwert hat. Zum anderen soll jedem Kind wohnortnah ein Krippen- bzw. Kitaplatz angeboten werden. Viele Eltern sind darauf angewiesen, dass ihr Kind auch außerhalb der bestehenden Öffnungszeiten betreut wird.

Pflegebedürftige sollen über ein persönliches Budget verfügen, damit sie selbst auswählen können, welche Hilfen und Leistungen sie in Anspruch nehmen wollen. Dafür wird die SPD auf Bundesebene streiten. Ebenfalls auf Bundesebene wird sie sich für eine faire Entlohnung pflegender Angehöriger einsetzen. Analog zum Elterngeld soll befristet eine Lohnersatzleistung (Pflegegeld) gewährt werden, die neben einer Anreizfunktion zur Pflegebeteiligung von Familienangehörigen sicherstellt, dass Pflegezeiten stärker bei der Rente berücksichtigt werden.

Mehr Zeit für die Familie braucht auch einen Kulturwandel in der Arbeitswelt. Dazu gehört die Abkehr vom „Präsenz-Wettbewerb“ im Beruf. Für familiengerechte Arbeits- und Besprechungszeiten, Homeoffice- und Dienstreiseregulungen sind die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in der Pflicht. Der öffentliche Dienst soll dabei Vorreiter sein und die partnerschaftliche Aufteilung von Erwerbsarbeit, Kindererziehung und Pflege fördern.

Zusätzlich brauchen Familien vor allem Informationen über alle weiteren Facetten von Kinderbetreuung – über Sport, Elterngeld oder Elternzeit. Eine SPD-Landesregierung wird deshalb, wie bereits erwähnt, die Angebote dafür ausbauen; dazu gehört auch ein neuer Service im Internet – eine Väter-App und eine Elterninfo-App. Obwohl immer mehr berufstätige Väter in Elternzeit gehen, ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für sie aber noch immer nicht leicht.

#### **IV. Inklusion und Umgang mit Heterogenität in Kindertagesstätten**

1. Allen in Niedersachsen lebenden Asylbewerberinnen und Asylbewerbern soll der Zugang zu allen Einrichtungen des öffentlichen und sozialen Lebens jederzeit offenstehen. Deshalb begrüßt die SPD selbstverständlich jedes Angebot, das Kontakt zwischen Familien, Bewohnern des Landes Niedersachsens und Geflüchteten herstellt und dadurch letzteren bei der Integration zugutekommt. Diesbezüglich leistet die Jugendarbeit wesentliche Beiträge für die Zukunft der Zivilgesellschaft sowie bei Integration und Inklusion. Deshalb wurde in der laufenden Legislaturperiode das Qualitätsentwicklungsprojekt der Jugendarbeit im Rahmen der Landesjugendhilfeplanung eingeführt. Eine SPD-Landesregierung wird die Jugendarbeit und den Jugendschutz im Gesamtkonzept der Kinder- und Jugendhilfe ausbauen.

2. Deutschland hat die UN-Behindertenrechtskonvention unterzeichnet, die für alle staatlichen Ebenen Verpflichtung ist. Für die SPD in Niedersachsen bedeutet „Inklusive Gesellschaft“ eine politische Vorgabe für alle Bereiche der Landespolitik. Alle Menschen müssen unabhängig von sprachlichen, geistigen oder körperlichen Voraussetzungen ihre Talente entfalten können. Im Dialog mit Menschen mit Behinderung hat die SPD-geführte Landesregierung Ziele definiert und abgearbeitet. Diesen partizipativen Ansatz wird die neue SPD-Landesregierung fortsetzen. Damit ergeben sich die Handlungsfelder inklusive Schule und inklusive Bildungskette. Die inklusive Schule setzt auf Vielfalt und fördert die Teilhabe aller an Bildung und Erziehung. Alle Kinder und Jugendlichen haben gleichberechtigten barrierefreien Zugang, um ihre unterschiedlichen körperlichen und geistigen Fähigkeiten, ihre Begabungen zu entwickeln und ihre Persönlichkeit zu entfalten. Integration ist Aufgabe für alle Schulformen. Eine SPD-Landesregierung wird sich bei der weiteren Entwicklung der inklusiven Schule an den bereitstehenden personellen und finanziellen Ressourcen orientieren. Die inklusive Bildungskette beginnt schon in der Krippe, damit allen Kindern die beste Entfaltung ihrer Talente frühzeitig gewährt wird und sowohl Kindern mit Handicap wie auch ohne mit der Inklusion gemeinsam aufwachsen. Inklusion ist nur dann wirksam umzusetzen, wenn ihre Ziele von allen Menschen mitgetragen werden. Eine SPD-Landesregierung wird die inklusive Bildungskette von der Krippe bis zur Erwachsenenbildung fortsetzen. Die Landesbildungszentren sollen sich zu Kompetenz- und Förderzentren für Menschen mit Behinderungen entwickeln, die in inklusiven Systemen unterrichtet werden. Angestrebt wird ein flächendeckender Ausbau mobiler Beratungsangebote für Regelschulen: Unterstützung für Schülerinnen und Schüler, die in der inklusiven Schule Schwierigkeiten haben.

3. Interkulturelle und interreligiöse Kompetenzen sind ein wichtiger Bestandteil in unserer modernen Welt. Deshalb schätzt die SPD Fachkräfte mit diesen Kompetenzen sehr. Denn Kontakt und Wissen über Menschen aus anderen Ländern mit unterschiedlichen Glauben wirkt Hass, Vorurteilen und Diskriminierung entgegen. Bereits in früher Kindheit ist interkulturelles Erleben wichtig. Eine SPD-Landesregierung wird die Elternbildung interkulturell ausbauen. Kindertagesstätten können diese Angebote gemeinsam mit zugewanderten Eltern nutzen. Um allen jungen Menschen interkulturelle Erfahrungen und Mobilität im Übergang von Schule zu Beruf zu ermöglichen, wird eine SPD-Landesregierung die Angebote der internationalen Jugendarbeit nutzen und die EU-Jugendstrategie umsetzen. Als besonderer Bildungsschwerpunkt gehört auch der Umgang mit Medien dazu.

#### **V. Zuständigkeitsübergreifende Kooperation**

Die wichtigsten Bestandteile der frühkindlichen Bildung dienen dazu, Kinder zu fördern, Eltern zu unterstützen und Integration zu ermöglichen. Diese Schwerpunkte sind maßgebend für eine ausgewogene frühkindliche Bildung und Entwicklung, die langfristig dazu beiträgt, Armut zu verhindern und Wohlstand zu sichern.

1. Diese Entwicklung soll durch die Maßnahmen einer SPD-Landesregierung verankert werden. Hierzu zählt unter anderem die Abschaffung der Kita-Beiträge, eine Förderung der Sprachkenntnisse, eine Verbesserung des Personalschlüssels sowie die Förderung von Familienzentren und der

Jugendhilfe. Die SPD setzt sich außerdem auf Bundesebene für ein Qualitätsentwicklungsgesetz ein, um zusätzliche Mittel bereitzustellen.

2./3. Bildungspolitik gehört zum Kern sozialdemokratischer Regierungsarbeit. Sie ist ein Schlüssel für Gerechtigkeit und Teilhabe. Die SPD will erreichen, dass nicht mehr die soziale Herkunft über Bildungserfolg und zukünftige Lebenschancen eines Kindes bestimmt. Bei diesem Thema gibt es noch viel zu tun: Die pädagogische Qualität muss steigen; gute Arbeitsbedingungen der im Bildungssystem Beschäftigten sind kein Selbstläufer. Nicht zuletzt setzt SPD-Regierungsarbeit auch hier auf weitgehende Kostenfreiheit des Bildungssystems. Der Übergang von der Kita in die Schule ist für Kinder oft eine Herausforderung. Wir wollen die Rahmenbedingungen für die Kooperationen von Kindertageseinrichtungen mit Grundschulen ausbauen und dafür beiden Seiten Anreize geben. Die Fachkräfte an Grundschulen und Kitas sollen sich auf Augenhöhe begegnen.

In der Hoffnung, Ihnen mit unseren Antworten auf Ihre Fragen weitergeholfen zu haben, verbleibe ich